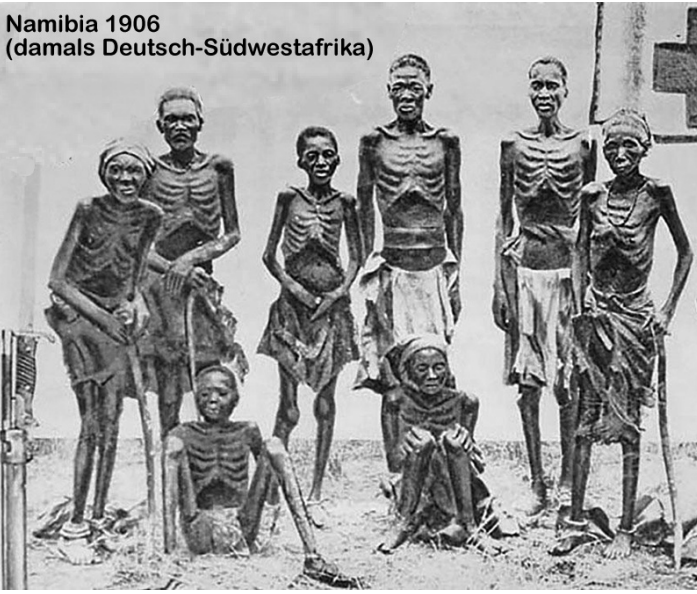


Namibia 1906
(damals Deutsch-Südwestafrika)



Warschauer Ghetto, 1942



Gaza / Palästina
2025



Völkermord

In Südwesafrika (Nambia), dann während des Nazi-Holocausts in den 1940-iger Jahren in Europa und jetzt im von Israel besetzten Gazastreifen begingen oder unterstützten deutsche Politiker Völkermord

Es ist unverzeihlich, dass ein moderner westlicher Staat, der auf der Achtung von Recht und demokratischen Grundsätzen aufgebaut ist, seine eigenen Grundregeln in den Wind geschlagen hat. Deutschland hat während der gerade endenden Regierung nicht nur das vorläufige Urteil des Internationalen Gerichtshofs – **des höchsten Gerichts der Welt** – **ignoriert, sondern sich auch gegen die Meinung** der Vereinten Nationen, sowie so angesehener internationaler Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und MSF (Ärzte ohne Grenzen) gestellt. **Die Menschen in Gaza verhungern!**

Der Begriff **Völkermord** wird von den Vereinten Nationen so definiert:

Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu vernichten. Dazu gehören die Tötung von Mitgliedern der Gruppe, die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden und die vorsätzliche Herbeiführung von Bedingungen, die auf die physische Zerstörung der Gruppe abzielen.

Nach Jahren von brutalen Siedlerangriffen, die von der israelischen Armee unterstützt werden, nähert sich inzwischen auch die Situation in der illegal besetzten West Bank den Zuständen die in der Definition beschrieben wird. Die Intensität, die Grausamkeit und das Ausmaß des Angriffs auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen haben die Welt schockiert. Im November 2024 forderten die Vereinten Nationen den Staat Israel auf, den vom Internationalen Gerichtshof angeordneten vorläufigen Maßnahmen nachzukommen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II (a)-(d) der Völkermordkonvention fallen*.

Die inzwischen abgelöste Scholz-Regierung belieferte Israel mit Motoren für Merkava-Panzer und bis zu 10.000 Schuss 120-mm-Präzisionspanzermunition. Um den Prozess zu beschleunigen, erwog das Verteidigungsministerium, Munition aus seinen Militärbeständen freizugeben, da die Herstellung neuer Munition länger dauern würde.

Damit ignorierte es seine Verpflichtung aus der 1954 unterzeichneten Konvention gegen Völkermord. Dabei handelt es sich um einen internationalen Vertrag, der Völkermord unter Strafe stellt und die Staaten dazu verpflichtet, dieses Verbot durchzusetzen. Die

Unterzeichnerstaaten sind verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord zu ergreifen. Dazu gehören der Erlass von Gesetzen, die Völkermord unter Strafe stellen, und die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die für solche Taten verantwortlich sind.

Die Scholz-Regierung weigerte sich jedoch, das eindeutige Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu akzeptieren, das lautete:

In Anbetracht der oben beschriebenen Situation muss Israel in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen, um die direkte und öffentliche Aufforderung zum Völkermord an Mitgliedern der palästinensischen Gruppe im Gazastreifen zu verhindern und zu bestrafen. ... Israel muss sofortige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Bereitstellung der dringend benötigten Grundversorgung und humanitären Hilfe zu ermöglichen. Der Gerichtshof ... äußerte sich alarmiert über „erkennbar völkermörderische und entmenslichende Rhetorik** von hochrangigen israelischen Regierungsvertretern“ ... und ... „die starke Zunahme rassistischer Hassreden und die Entmenschlichung der Palästinenser.

Israel wies diese Forderungen zurück und Minister bezeichneten das Gericht als antisemitisch. Angesichts der vom Internationalen Gerichtshof geäußerten Plausibilität völkermörderischer Handlungen bleibt die deutsche Regierung gemäß der Völkermordkonvention verpflichtet, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um völkermörderische Handlungen zu verhindern. Doch stattdessen behauptete sie, Israel würde keinen Völkermord begehen, und schürte die Flammen des Krieges durch die Bereitstellung von immer mehr Waffen.

Die deutsche Regierung bricht internationales Völkerrecht und wird zu Komplizen beim Genozid. Umso mehr müssen wir als Zivilbevölkerung Druck ausüben um die Waffenlieferung sofort zu stoppen!

* November 2024 Report: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/10/un-commission-finds-war-crimes-and-crimes-against-humanity-israeli-attacks>

**

Daniel Hagari, Sprecher der israelischen Armee am 10.10.23

„Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit“.

Yoav Galant, Kriegsminister, am 09.10.23

„Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tiermenschen und handeln entsprechend.“